

The Free Association
Let England Shake

221

Kristin Carls

Krise und Bewegung in Italien – Die Stille vor dem Sturm?

243

Max Henninger

Ernährungskrisen und Hungersnöte

269

Pun Ngai | Lu Huilin

Unvollendete Proletarisierung
Das Selbst, die Wut und die Klassenaktionen
der zweiten Generation von BauernarbeiterInnen
im heutigen China

279

Autorinnen und Autoren

311

Peter Birke | Max Henninger

Krisen und Proteste: Eine Annäherung an ihre jüngste Geschichte

Mögest du in interessanten Zeiten leben!

Chinesischer Fluch

1.

Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und systemsparendem Aufbegehren der Bevölkerung schien einmal leicht bestimmbar. »Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeiteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde«, schrieb Karl Marx in seinen Manuskripten für den dritten Band des *Kapital*.¹ Dass »außer Kurs Gesetze« auf ihre Lage antworten, indem sie revoltieren, würden heute auch viele Marxisten nicht mehr als selbstverständlich voraussetzen. Und doch gibt es, wie sich 2008 auf Haiti oder im vergangenen Jahr in Tunesien gezeigt hat,² offenbar einen Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Protest, Revolte, auch Revolution; er ist nur kein mechanischer.

Autoren und Autorinnen der Zeitschrift *Sozial.Geschichte Online* haben die 2006 und 2007 in den USA einsetzende, seit 2008 auf die Weltwirtschaft übergreifende Krise zum Anlass genommen, diesem Zusammenhang aus ganz unterschiedlichen Perspektiven nachzuspüren. Diese An- und Aussichten werden im Folgenden auf der Grundlage von – zum Teil aktualisierten – Artikeln zusammengestellt, die in den vergangenen zwei Jahren in der Zeitschrift erschienen sind, und durch einige neue Texte ergänzt. Es handelt sich um den Versuch, zu einer

1 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, in: Karl Marx / Friedrich Engels, *Werke* (MEW), Bd. 25, hier S. 274.

2 Vgl. zu Tunesien den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Band.

Sammlung von Fragen beizutragen, die sowohl die Krisen als auch die Proteste betreffen. Dass im Titel ein Leerzeichen zwischen den beiden eigensinnigen und stets auseinanderreibenden Seiten einer komplexen historischen Entwicklung steht, ist also durchaus beabsichtigt. Wie die historische Figur aussehen wird, die dieses Leerzeichen füllen könnte, wird unsicher bleiben – und ohnehin ist dies eine Frage, die nicht auf dem Papier zu entscheiden ist.

Zudem ist zunächst festzuhalten, dass nicht nur die Verbindung von Krise und Protest Rätsel aufgibt, sondern auch der Charakter der Krise selbst. Viele Beobachter sprechen heute nicht mehr von *einer* Krise, sondern von einem komplexen *Krisenzusammenhang*, in dem sich eine Vielzahl zwar verwandter, aber nicht auf eine einzige Dynamik reduzierbarer Entwicklungen überschneiden. Es ist die Rede von Finanz-, Währungs- und Staatskrisen, von einer schwelenden ökologischen Krise und vermehrt auch von Ernährungskrisen. Das ist an sich nicht neu: Auch frühere Weltwirtschaftskrisen lassen bei näherer Betrachtung eine solche Komplexität erkennen. Doch es wirft – für Historikerinnen, Theoretiker und politische Aktivistinnen – die Frage auf, wie die verschiedenen Aspekte des Gesamtgeschehens zu akzentuieren sind. Deutlich spürbar ist die Unsicherheit darüber gerade auch innerhalb der Linken. Niedergeschlagen hat sich dies beispielsweise in den Stra- tegiedebatten über die relative Bedeutung des globalen Fabrikproletariats einerseits und der ländlichen Armutsbevölkerungen des globalen Südens andererseits.³

Aus wirtschaftsgeschichtlicher Sicht stellen sich die Ereignisse der letzten fünf Jahre etwa folgendermaßen dar:⁴ Drastische Leitzinssenkungen, durch die die US-amerikanische Zentralbank der unsicheren Wirtschaftslage Herr zu werden versuchte, die sich aus dem Platzen der Dotcom-Blase, den Anschlägen des 11. September 2001 und den Einmärschen der US-Armee in Afghanistan und Irak ergeben hatte,

3 Dabei ist es freilich einer der Streitpunkte, ob eine rein strategische Gewichtung der Bedeutung dieser beiden Gruppen überhaupt angemessen ist. Einen ersten Überblick über die hiermit verbundenen Kontroversen bietet: Max Henninger, *Marxismus und ländliche Armut*, in: *Sozial.Geschichte Online*, 4 (2010), S. 82–112; siehe vor allem S. 86–95.

4 Vgl. Karl Heinz Roth, *Die globale Krise*, Hamburg 2009. Siehe auch ders., *Die globale Krise: Bisheriger Verlauf – Entwicklungstendenzen – Wahrnehmungen und Handlungsmöglichkeiten* von unten, in: *Sozial.Geschichte Online*, 2 (2010), S. 124–163.

führten zur Entstehung einer Liquiditätsschwemme, die infolge des Nachziehens anderer Zentralbanken ein globales Ausmaß annahm. Ein durch die starke Nachfrage aus China, Brasilien und anderen Schwellenländern bedingter Anstieg der Rohstoffpreise beförderte diese Liquiditätsschwemme zusätzlich. Das in den Schwellenländern angehäufte überschüssige Geldkapital strömte, einem seit Jahrzehnten bekannten Muster folgend, in die USA. Es wurde zunächst in US-amerikanische Staatsanleihen investiert, die als besonders sicher galten, später aber auch in riskantere Finanzinstrumente. Viele dieser Finanzinstrumente waren an die US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekemärkte gekoppelt.

Auf diesen wiederum entstand in diesen Jahren eine Investitionsblase, die auf der stark ausgeweiteten Hypothekenvergabe an ärmere Haushalte beruhte. Die Begünstigung der Hypothekenvergabe an solche Haushalte war eines der Anliegen, das die US-amerikanische Zentralbank mit ihrer Niedrigzinspolitik verfolgte, denn die so ermöglichten Immobilienkäufe generierten – über die Beleihung des neu erstandenen Besitzes – verfügbares Geldeinkommen und beförderten damit den Konsum. Letztlich war diese Ausweitung des Konsumentenkredits zugleich ein wirtschafts- und ein sozialpolitisches Manöver: Es sollte die bereits seit den 1970er Jahren zu verzeichnende Stagnation der Löhne in den unteren Einkommensgruppen kompensieren, um einen Einbruch der US-Wirtschaft zu verhindern.⁵

Doch in dem Augenblick, in dem die Investitionsblase platzte, war der Einbruch bekanntlich umso verheerender. Er führte nicht nur zu einer weiteren, durch hohe Verschuldung und geringe Einkommen bedingten Absenkung des Reproduktionsniveaus der US-amerikanischen Bevölkerung, deren Ausmaß an der im September 2011 erfolgten Bekanntgabe des US-amerikanischen Statistikamts abzulesen war, die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden US-Einwohner habe im Vorjahr 46,2 Millionen erreicht.⁶ Das Platzen der Investitionsblase zog, vermittelt über den Handel mit Kreditausfallversicherungen und den an sie gekoppelten Finanzinstrumenten, 2008 auch den drohen-

5 Vgl. dazu die Ausführungen des ehemaligen Chefökonometen des IWF, Raghuram Rajan, in: ders., *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*, Princeton/Oxford 2010, S. 21–45.

6 US Census Bureau, *Income, Poverty and Health Insurance in the United States: 2010*, Washington 2011. Siehe auch das Interview mit Silvia Federici in diesem Band.

den Konkurs einer Reihe von Investitionsbanken (Lehman Brothers, Bear Stearns) sowie des größten US-amerikanischen Versicherungsanbieters (AIG) nach sich. Lehman sollte tatsächlich in Konkurs gehen, Bear Stearns und AIG wurden durch Eingriffe der Zentralbank und des Schatzamts, die im Fall von AIG auf eine faktische Verstaatlichung hinausliefen, vor dem Konkurs gerettet. Betroffen waren aufgrund der internationalen Verflechtungen der Kredit- und Finanzmärkte jedoch längst nicht mehr nur US-amerikanische Finanzinstitute. Der Kollaps des europäischen Interbankenmarktes hatte bereits im September 2007 nur durch eine Liquiditätsspritze der Europäischen Zentralbank verhindert werden können. Solche Liquiditätsspritzen sollten sich in der Folgezeit immer wieder als nötig erweisen: in der EU, in den USA, aber auch in Schwellenländern wie China.

Die trotz vielfältiger staatlicher Interventionen voranschreitende Kapitalvernichtung zog weltweit Produktionseinschränkungen und Massenentlassungen nach sich. Zu den dadurch bedingten Einkommenseinbußen, die in vielen wirtschaftlich schwachen Regionen über das Ausfallen der Remittenden migrierender Familienangehöriger vermittelt waren, kam ein steiler Anstieg der Lebenshaltungskosten. Er war vor allem durch eine 2006 einsetzende Hausse der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Weizen und Soja bedingt, die 2008 ihren Höhepunkt erreichte. Diese Entwicklung fiel in den Ländern des globalen Südens, wo es nicht unüblich ist, dass Haushalte bis zu 75 Prozent ihres Einkommens für den Kauf von Lebensmitteln verwenden, besonders schmerzlich aus.

Die Entwicklung wurde teils mit dem Hinweis auf das krisenbedingte Ausweichen von Spekulanten auf die Warenterminbörsen zu erklären versucht. Der damalige Direktor des IWF Dominique Strauss-Kahn sprach von einem »spekulativen Angriff«.7 Teils wurde auch auf die 2006 und 2008 zu verzeichnende Unterproduktion von Getreide und die daran anschließende Leerung staatlicher Getreidespeicher verwiesen. Mittlerweile werden häufiger langfristige Trends zur Erklärung herangezogen, etwa eine Verknappung des für die Lebensmittelproduktion verfügbaren Bodens, als deren Ursachen Klimawandel und Ur-

7 Inflation alarmiert IWF, Frankfurter Rundschau, 12. April 2008, S. 19. Ähnliche Formulierungen waren auch im Umfeld globalisierungskritischer Gruppen zu vernehmen.

banisierungsprozesse, vor allem aber die Umwidmung landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Agrotreibstoffproduktion gelten. Auch dass es sich beim Anstieg der Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel um einen bereits seit den 1990er Jahren zu beobachtenden Trend handelt, der viel mit der im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen fortgeführten Kürzung von Agrarsubventionen zu tun hat, wird mittlerweile verstärkt zur Kenntnis genommen.⁸

Beantwortet wurde die Hausse der Lebensmittelpreise 2007 und 2008 durch Nahrungsmittelproteste in mindestens dreißig Ländern.⁹ Die Protestwelle reichte von Süd- und Südostasien (Bangladesch, Indien, Indonesien) über Zentralasien (Usbekistan), Nordafrika (Marokko, Ägypten), Ostafrika (Mosambik) und Westafrika (Burkina Faso, Senegal, Kamerun, Elfenbeinküste, Mauretanien) bis nach Lateinamerika (Mexiko, Haiti); die Proteste in Haiti hatten den Sturz des Premierministers Jacques-Édouard Alexis zur Folge. Es war das erste Mal, dass es zu einer weltweiten Zurückweisung der mit der Krise einhergehenden Hunger- und Spardiktate kam. Eine weitere – freilich anders begründete – überregionale Protestwelle begann Anfang 2011 in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Protestbewegung in Griechenland, die bereits seit dem Dezember 2008 unsere Aufmerksamkeit auf sich zieht, hat zwar keine vergleichbare räumliche Ausdehnung vorzuweisen, dafür aber eine durchaus vergleichbare Intensität.¹⁰ 2011 experimentierten schließlich unterschiedliche Protestbewegungen, auch in Südeuropa und im nordatlantischen Raum, mit Motiven aus dem »arabischen Frühling«, ohne dass dabei die sozialen Grundlagen, die tragenden Gruppen oder die Artikulationsformen ähnlich oder gar einheitlich gewesen wären. Zu nennen sind die für kurze Zeit auflackernden Facebook-Proteste der Prekarisierten in Portugal, die 15-M-Bewegung in Spanien, die *Ocupy-Wall-Street*-Bewegung und schließlich ein erwartungsgemäß nur in engen Grenzen erfolgreicher Versuch, am 15. Oktober 2011 eine »globale« Gleichzeitigkeit der Proteste und Revolten zu generieren.

8 Vgl. Walden Bello, *Politik des Hungers*, Hamburg/Berlin 2010.

9 Der Frage, wie sich der Zusammenhang von Krise und Ernährungsunsicherheit in den letzten zwei Jahren entwickelt hat, gehen in diesem Band die Fallstudien von Max Henninger nach.

10 Vgl. die Beiträge von Gregor Kritidis und Karl Heinz Roth in diesem Band.

2.

Bevor näher auf das Protestgeschehen der letzten Jahre eingegangen wird, sollen hier einige Schritte in Richtung einer historischen Kontextualisierung des gegenwärtigen Krisengeschehens unternommen werden.

Viele Wirtschaftshistoriker sehen in der Krise den Endpunkt eines mehrere Jahrzehnte langen Zyklus. Dessen Beginn wird teilweise auf die Mitte der 1960er Jahre, teilweise auf die frühen 1970er Jahre datiert. Karl Heinz Roth lässt ihn 1966/67 beginnen; zwischen diesem Zeitpunkt und dem Ausbruch der gegenwärtigen Krise seien noch sechs kleinere (etwa fünfjährige) Konjunkturzyklen zu unterscheiden (1966–1973, 1973–1982, 1982–1987, 1987–1992, 1992–1997 und 1997–2000). Der Gesamtzyklus habe sich durch eine Tendenz zur Absenkung der Masseneinkommen, durch anhaltende Unterbeschäftigung sowie durch eine Reihe von technologischen Umwälzungen (Einführung standardisierter Container, Automatisierung der Fabrikproduktion, Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien) ausgezeichnet.¹¹

Uns scheinen die ersten zwei der von Roth unterschiedenen Konjunkturzyklen für die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise von besonderer Bedeutung zu sein. Wenn hierzulande von der »Krise der 1970er Jahre« die Rede ist, dann ist meist die auf den Öl-Schock von 1973 folgende Rezession 1974/75 gemeint, die unter anderem den Zeitpunkt markiert, zu dem es erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik zur Herausbildung einer strukturellen Arbeitslosigkeit kam. Diese Entwicklung hatte einen globalen Kontext. Auch die ökonomischen Entwicklungen der frühen 1970er Jahre müssen als Krisenzusammenhang verstanden werden, denn die Krise der 1970er Jahre war Währungs-, Energie- und Ernährungskrise in einem.

Als Währungskrise nahm sie, wie die heutige, in den USA ihren Ausgang. Die Geldpolitik der USA war die gesamten 1960er und 1970er Jahre hindurch eine Politik der Inflation; die Gesamtinflation des US-Dollars belief sich in den zwei Jahrzehnten vor 1980 auf 177 Prozent.¹² Angeheizt wurde die Inflation vor allem durch die hohen Staatsaus-

¹¹ Roth, Die globale Krise: Bisheriger Verlauf (wie Anm. 4), S. 126f.

¹² David P. Calleo, Inflation and American Power, in: Foreign Affairs, 59 (1981), 3, S. 781–81, hier S. 782.

gaben unter Präsident Lyndon B. Johnson. Dabei handelte es sich in erster Linie um militärische und sozialpolitische Ausgaben, die durch den Vietnamkrieg sowie durch Johnsons *Great-Society*-Programm entstanden; hinzu kamen der Lohndruck der US-amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die gesteigerte Inanspruchnahme von Sozialleistungen Ende der 1960er Jahre.¹³

Der Mechanismus, durch den der Wert einer inflationierten Währung fällt – das Abwandern von Devisen –, war unter dem im Juli 1944 instaurierten Währungsabkommen von Bretton Woods blockiert, denn der US-Dollar war unter diesem Abkommen Leitwährung: Alle Zentralbanken waren gehalten, einen Teil ihrer Geldreserven in Dollar zu halten. Der Dollar war zum festen Kurs von 35 Dollar pro Feinunze in Gold konvertierbar und damit letztlich durch die US-amerikanischen Goldreserven garantiert. Dieses System erlaubte es den USA, ihre Inflation zu exportieren. Auf den internationalen Devisenmärkten entstand eine Dollarschwemme. Diese hatte wiederum zur Folge, dass Ende der 1960er Jahre von einer realen Golddeckung des Dollars nicht mehr die Rede sein konnte.¹⁴

Als Johnsons Nachfolger Richard Nixon im August 1971 die Goldkonvertibilität des Dollars aufkündigte, waren die Wertverhältnisse der wichtigsten Währungen monatelang unklar. Erst in den Washingtoner Abkommen vom Dezember 1971 wurden sie neu festgelegt. Der Dollar wurde im Verhältnis zum Gold um 7,89 Prozent abgewertet, die Wechselkurse des britischen Pfunds und des französischen Franc zum Dollar blieben unverändert und der japanische Yen, die deutsche Mark, der holländische Gulden sowie der belgische Franc wurden gegenüber dem Dollar aufgewertet.

Diese als »Währungskrise« in die Geschichte der 1970er Jahre eingegangene Episode verrät einiges über die damalige Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten.¹⁵ Für die USA hatte die Dollarabwertung den

¹³ Ebd., Zum Lohndruck Ende der 1960er Jahre vgl. David Montano, Bemerkungen zur internationalen Krise, in: TheKla 10: Zerowork. Politische Materialien, Berlin 1988, S. 40–66, hier S. 44. Zur gesteigerten Einforderung von Sozialleistungen vgl. Richard Cloward / Frances Fox Piven, Regulierung der Armut: die Politik der öffentlichen Wohlfahrt, Frankfurt am Main 1977.

¹⁴ Calleo, Inflation (wie Anm. 12), S. 785, schreibt, die Goldkonvertibilität sei zu einer »polite fiction« geworden.

¹⁵ Vgl. Gerd Bansamir / Konrad Ruff, Die Entwicklung der westlichen Währungskrise.

Vorteil, US-amerikanische Produkte auf dem Weltmarkt zu verbilligen, also den Export zu begünstigen. Die Abwertung von 1971 leitete in den USA einen bis 1974 anhaltenden Aufschwung ein. 1976 sollte unter Präsident Carter eine weitere Abwertung folgen; an sie schloss ein bis 1980 anhaltender Boom an – der längste der US-amerikanischen Nachkriegsgeschichte. Erst der Regierungsantritt Ronald Reagans im Jahr 1981 brachte das Ende dieser Politik und den Übergang zu einer Politik des knappen Geldes (Monetarismus).¹⁶

Wenn andere Staaten wie Japan und die Bundesrepublik dem Beispiel der USA nicht folgten, sondern ihre Währungen sogar aufwerteten, dann hing das damit zusammen, dass sie vermehrt auf die Option des Kapitalexports setzten (bei dem eine starke Währung von Vorteil ist).¹⁷ Es waren die Jahre der sogenannten neuen internationalen Arbeitsteilung, als in den Entwicklungsländern die ersten freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken entstanden – vorangetrieben durch die Standortverlagerungen etwa der westdeutschen Textilindustrie.¹⁸ Die Bundesrepublik begann, ihren langjährigen Wirtschaftsschwerpunkt, den Export von Investitionsgütern, verstärkt um eine weitere Option zu ergänzen: die einer durch Standortverlagerung erreichten Senkung der Lohnkosten, unter Inkaufnahme der Entstehung struktureller Arbeitslosigkeit. 1975 erreichte der Kapitalexport aus der Bundesrepublik sein bis dahin größtes Ausmaß,¹⁹ und bis Ende der 1970er

¹⁶ Zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Westeuropa und den USA, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9 (1971), S. 904–911; Dollar-Krise: Der Offenbarungseid, in: Der Spiegel, 35 (1971), S. 19–29.

¹⁷ Calleo, Inflation (wie Anm. 12), S. 797.

¹⁸ Rolf Jungnickel, Die Wettbewerbsposition der deutschen multinationalen Unternehmen im internationalen Vergleich – Wachstum, Effizienz, Internationalisierungsstrategie, in: Wolfgang Däubler / Karl Wohlmut (Hg.), Transnationale Konzerne und Weltwirtschaftsordnung, Baden-Baden 1978, S. 13–35, hier S. 27 f.

¹⁹ Genau genommen wurde damit nur eine Entwicklung beschleunigt, die bereits Ende der 1960er Jahre eingesetzt hatte: Eine Aufwertung der Deutschen Mark (um 8,5 Prozent) hatte es bereits 1969 gegeben. Zur neuen internationalen Arbeitsteilung siehe Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung der Entwicklungsländer, Reinbek 1977; dies., Umbruch in der Weltwirtschaft. Die globale Strategie: Verbilligung der Arbeitskraft / Flexibilisierung der Arbeit / Neue Technologien, Reinbek 1984. Siehe auch Georg Simons, Die Bundesrepublik und die neue internationale Arbeitsteilung, in: Prokla, 40 (1980), S. 16–56.

¹⁹ Rolf Knieper, Multinationales Unternehmen und Nationalstaat im Konflikt? – Am

Jahre machte die Auslandsproduktion der Bundesrepublik bereits gut ein Viertel des gesamten und ein Drittel des direkten Industrieexports aus.²⁰ Diese strategische Neuausrichtung sollte sich als prägend für die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) erweisen: Die Konsolidierung der EG geschah nicht zuletzt in Reaktion auf die Inflationspolitik der USA.²¹

Die Politik der Abwertung oder Inflationierung des Dollars hatte für die USA noch einen weiteren Vorteil, der mit der in diese Jahre fallenden Energiekrise zusammenhängt. Denn seit dem Teheran-Abkommen vom Februar 1971 hob das Kartell der erdölexportierenden Staaten, die OPEC (*Organization of the Petroleum-Exporting Countries*), die Rohölpreise an. Da diese in Dollar notiert waren, konnten die USA die Preissteigerungen durch die Inflationierung ihrer Währung kompensieren.²² Zwischen 1973 und 1979 war es den USA sogar möglich, die Ölimporte um 34 Prozent zu steigern,²³ während anderswo mit hohem Aufwand die Umstellung auf alternative Energiequellen versucht wurde.

Die Energiekrise der 1970er Jahre erklärt sich allerdings nicht allein aus dem Verhalten des OPEC-Kartells. Sinnvoller ist es, die Veränderungen des internationalen Erdölmarkts in den 1950er und 1960er Jahren an den Anfang zu stellen.²⁴ Damals begannen vergleichsweise junge Energiekonzerne wie der italienische Staatsbetrieb ENI (*Ente nazionale idrocarburi*) und sein französisches Pendant ERAP (*Entreprise de recherche et d'activités pétrolières*) mit der Förderung nahöstlichen Erdöls, das bis dahin von den sogenannten *seven sisters*, einem Kartell aus sieben Konzernen, kontrolliert wurde.²⁵ Die zunächst noch hohe

Beispiel des internationalen Währungssystems, in: Däubler / Wohlmut, Transnationale Konzerne (wie Anm. 17), S. 80–100, hier S. 82.

²⁰ Jungnickel, Wettbewerbsposition (wie Anm. 17), S. 25.

²¹ Calleo, Inflation (wie Anm. 12), S. 792.

²² Voraussetzung dafür waren die guten Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien und dem Iran. Das Arrangement funktionierte bis zur iranischen Revolution von 1979 und dem zweiten Öl-Schock. Vgl. Calleo, Inflation (wie Anm. 12), S. 790, 792f.

²³ Ebd., S. 789f.

²⁴ Vgl. M.A. Adelman, *The World Petroleum Market*, Baltimore/London 1972; Hartmut Eilsenhans (Hg.), *Erdöl für Europa*, Hamburg 1974. Siehe auch Montano, *Bemerkungen* (wie Anm. 13), S. 50–55.

²⁵ Bei den *seven sisters* handelte es sich um Shell, Standard Oil of New Jersey, die Anglo-Iranian Oil Company (später British Petroleum), Texaco, Mobil Oil, Gulf Oil und Standard Oil of California (Benzinmarke Esso). Die Vermeidung von Preiskon-

Spanne zwischen Förderkosten und Verkaufspreisen begann sich zu schmälern: Das nahöstliche Erdöl, dessen Förderkosten im internationalen Vergleich niedrig sind, verbilligte sich.

In den 1960er Jahren, insbesondere nach dem Sechstagekrieg von 1967, kam hinzu, dass die erdölexportierenden Industrieländer ihre Abhängigkeit vom nahöstlichen Erdöl als strategisches Problem wahrzunehmen begannen.²⁶ Innerhalb der Ölkonzerne wurde begonnen, über eine Diversifizierung der Energiequellen – etwa durch die Erschließung des Nordseeöls oder den Einstieg in Kohleförderung und Atomenergie – nachzudenken. Die Investitionen, die dies erforderte, setzten hohe Kredite und Subventionen oder aber eine verbesserte Fähigkeit zur Selbstfinanzierung voraus. Letztere war am ehesten über eine Anhebung des Rohölpreises zu erreichen, und darin trafen sich die Interessen der Ölkonzerne mit denen der seit 1960 in der OPEC zusammengeschlossenen Förderländer. So erklärten sich die in den Abkommen von Teheran (Februar 1973), Tripolis (April 1973) und Genf (Januar 1972) beschlossenen Preiserhöhungen.²⁷

Als es im Januar 1974, nach dem Oktoberkrieg, zum eigentlichen Ölschock, also zur Vervielfachung des Ölpreises durch die OPEC kam, erfreuten sich die Förderländer nie dagewesener Deviseneinnahmen.²⁸ Während einige OPEC-Staaten (Algerien, Irak, Iran, Indonesien, Nigeria, Venezuela) über vergleichsweise große Bevölkerungen sowie über eine gewisse industrielle Infrastruktur verfügten, wodurch sie ihre *petrodollars* für die weitere industrielle Entwicklung nutzen konnten, waren die außerhalb des Ölsektors kaum entwickelten Ökonomien anderer Staaten (Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Libyen) nicht in der Lage, die Flut an Deviseneinnah-

kurrenz ist im Erdölsektor aufgrund der hohen Prospektionskosten, deren Bestreitung den Aufbau eines umfangreichen Akkumulationsfonds voraussetzt, für die Konzerne besonders wichtig. Vgl. Hartmut Elsenhans, Entwicklungstendenzen der Welterdölindustrie, in: ders., Erdöl für Europa (wie Anm. 24), S. 7–47, hier S. 13.

²⁶ Vgl. für die USA: James E. Akins, *The Oil Crisis: This Time the Wolf is Here*, in: *Foreign Affairs*, 51 (1973), 3, S. 462–490; Carroll L. Wilson, *A Plan for Energy Independence*, in: *Foreign Affairs*, 59 (1973), 4, S. 657–675.

²⁷ Montano, *Bemerkungen* (wie Anm. 13), S. 50.

²⁸ »With the possible exception of Croesus, the world will never have seen anything quite like the wealth which is flowing and will continue to flow into the Persian Gulf«; Akins, *Oil Crisis* (wie Anm. 26), S. 480.

men zu absorbieren. Auch, wo hohe Rüstungsausgaben getätigt wurden (beispielsweise in Saudi-Arabien) blieben gewaltige Überschüsse.²⁹ Sie flossen auf die internationalen Devisenmärkte (die Eurodollar- und Asiidollarmärkte), wo sie von Filialen der großen US-amerikanischen, europäischen und japanischen Geschäftsbanken verwaltet wurden und für umfangreiche Spekulationen zur Verfügung standen.³⁰

Zu den besonderen Eigenschaften der Eurodollar- und Asiidollarmärkte zählt, dass die dort aktiven Banken nicht verpflichtet sind, Mindestreserven bei ihren jeweiligen Zentralbanken zu halten.³¹ Letzteres ermöglicht eine ungewöhnlich hohe Spanne zwischen Einlage- und Kreditzinsen, das heißt die Banken können hohe Zinsen auf Einlagen gewähren und zugleich niedrige für Kredite verlangen. Damit ist auf diesen Devisenmärkten, wo mit sehr hohen Einlagen gewirtschaftet wird, zu nahezu jedem Zeitpunkt eine Kreditschöpfung größeren Ausmaßes möglich.

Zu einer eben solchen Kreditschöpfung kam es. Einerseits vergaben Bankkonsortien großzügig Darlehen an lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Staaten, wodurch die Weichen für die Schuldenkrise der 1980er Jahre gestellt wurden. Andererseits wurden auch an die Industrieländer größere Kredite vergeben. Vermittelt wurde dies durch Profite der Erdölförderländer zurück in die Industrieländer des nordatlantischen Raums, um dort investiert zu werden – in der Bundesrepublik etwa in den Atomsektor, den nach der Energiekrise am schnellsten wachsenden Wirtschaftssektor.³² Da es letztlich die hohen Ölpreise wa-

²⁹ Calleo, *Inflation* (wie Anm. 12), S. 792f.

³⁰ Vgl. Gerd Junne, *Währungsspekulationen der Ölscheiche und Ölkonzerne*, in: *Eisenhans, Erdöl für Europa* (wie Anm. 24), S. 277–302.

³¹ Solche Mindestreserven verlangen die Zentralbanken nur für ihre jeweilige Nationalwährung, nicht aber für Devisen. Über die Anhebung oder Senkung der Mindestreserven können die Zentralbanken normalerweise Einfluss auf die Kreditschöpfung anderer Banken nehmen: Wird etwa die Mindestreserve angehoben, verringert das die Liquidität der Banken und erschwert also die Kreditvergabe. Dieser Mechanismus greift bei den auf den internationalen Devisenmärkten tätigen Banken nicht.

³² Susanne Polke, *Wer braucht Atomkraft – oder: Ist der Aufstieg der Bundesrepublik unaufhaltsam?*, in: *Kritisches Tagebuch*, 1 (1977), S. 28–52. Da die Bundesrepublik ihre Atomtechnologie exportierte, war dies auch eine Fortsetzung der in der Währungskrise von 1971 gewählten Option verstärkten Kapitalexports, wie spätestens der 1975 von der Siemens- und AEG-Tochter KWU erhaltene Zuschlag für den Bau von